

Stadtrat ruft den Klimanotstand für Bergkamen aus und wird gleich praktisch

Mit großer Mehrheit hat der Stadtrat am Donnerstag den Klimanotstand ausgerufen. Dagegen hat vor allem die CDU-Fraktion argumentiert. Nicht dass sie den Klimawandel leugnen würde. Sie hält aber den Begriff „Notstand“ für unangebracht.

Würde man den Begriff „Klimanotstand“ ernst nehmen, dann müsste man sofort auf den Genuss von Kaffee verzichten, erklärte der Vorsitzende des Bergkamener Umweltausschusses Marco Morten Pufke. Kaffee sei nämlich das Getränk, dessen Herstellung die größten Klimaschäden erzeuge.

Auch Bürgermeister Roland Schäfer mochte sich nicht ganz mit dem Begriff „Notstand“ anfreunden. Er hält ihn aber deshalb für angebracht, weil sonst Bergkamen in den Geruch kommt, nichts gegen den Klimawandel tun zu wollen. Das Gegenteil sei vielmehr der Fall. Dabei verwies er auf das erst jüngst verabschiedete Klimaschutzkonzept der Stadt Bergkamen, in dem zahlreiche Einzelmaßnahmen benannt werden.

Mit der Ausrufung des Klimanotstands verpflichtet sich die Stadt Bergkamen, alle Handlungen und Beschlüsse ab sofort auch zu überprüfen, ob deren Umsetzung klimaschädlich sein können und gegebenenfalls nach Alternativen zu suchen. Gleichzeitig sollen die Bürgerinnen und Bürger überzeugt werden, sich klimafreundlich zu verhalten.

Was das konkret bedeuten kann, exerzierte der Rat am Donnerstag gleich an einem anderen Tagesordnungspunkt durch. Dabei ging es um die Bereitstellung von 225.000 Euro für die Sanierung des Parkplatzes zwischen dem Schacht III und dem Sportplatz. Hier hatte die Verwaltung ursprünglich die Asphaltierung der Stellplatzanlage und auf Wunsch der

Sportvereine auch des Weges zum Sportplatz vorgesehen.

Insbesondere auf Intervention de CDU-Fraktionsvorsitzenden Thomas Heinzel, der die SPD aufforderte nun den ausgerufenen Klima ernst zu nehmen, wird jetzt die Verwaltung prüfen, ob auch eine andere, klimafreundlichere Befestigung möglich ist. Wie nun der Umbau des Parkplatzes und des Weges letztendlich erfolgen soll, wird erst in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Bauen und Verkehr am 24. September entschieden.